

Den Geflüchteten ein Gesicht geben

Interview mit Katarzyna S.-R. (KSR), einer in [GrupaGranica](#) tätigen Aktivistin 27. Dezember 2022, online, da der Zug nicht gefahren ist...

Interviewerin: Maria B. Jastrzebska (MJ)

MJ: Was genau ist GrupaGranica und wie ist die Initiative entstanden?

KSR: GrupaGranica ist eine lokale Initiative von Menschen, die in der Nähe der polnisch-belarussischen Grenze wohnen und es nicht akzeptieren konnten, dass in ihrer Region geflüchtete Menschen in den Wäldern misshandelt werden oder sterben. So fingen wir an, den an der Grenze verharrenden Menschen aus u.a. Nahem Osten und Afrika, die humanitäre Hilfe selbst zu gewähren. Wir haben uns organisiert: wir sind jetzt etwa 60 Leute in kleinere Gruppen verteilt, die regelmässig für GrupaGranica arbeiten. Vor Kurzem haben wir die [Vereinigung Egala](#) in Bialystok gegründet, die für die Koordination der einzelnen Hilfestruppen verantwortlich ist.

MJ: Habt ihr Mediziner*innen unter Euch?

KSR: Ja. Wir arbeiten auch mit [INTERSOS](#) zusammen.

MJ: Im öffentlichen Diskurs lässt sich Aussagen über Kriminalisierung eurer Hilfe hören. Worin besteht diese Kriminalisierung?

KSR: Na ja. Der polnische Präsident hat uns [«Idioten und Verräter»](#) genannt. Wir werden öfters kontrolliert und des Menschen-Schmuggelns verdächtigt. Einmal habe ich eine SIM-Karte für zwei geflüchtete Kinder, die es über die Grenze (da gibt es einen 200 km langen Zaun) nach Polen geschafft haben und in ein regionales Waisenhaus aufgenommen wurden, gekauft, damit sie Kontakt mit ihrer Familie haben konnten. Es hat sich ergeben, dass sie am nächsten Tag aus diesem Waisenhaus geflohen sind. Ich wurde sofort kontaktiert und befragt, bzw. verdächtigt, diese Kinder auf ihrer weiteren Reise zu unterstützen.

MJ: Arbeitet ihr auch mit Juristen?

KSR: Ja, uns unterstützt z.B. das [Kollektiv Szpila \(Szpila auf Facebook\)](#) Da handelt es sich um rechtliche Beratung und Schutz für uns als Helfende. Humanitäre Hilfe an sich ist nicht illegal, aber man kann im Grenzgebiet schnell des Menschenschmuggelns bezichtigt werden. Wir sind aktuell genügend unterstützt, kennen unsere Rechte sowie lernen über das polnische und europäische Migrationsrecht, die für unsere Hilfe wichtig sind. Problematisch ist jedoch

Juristen zu finden, welche die Anliegen der Migrant*innen vertreten würden, wenn diese eine rechtliche Beratung oder Anwaltschaft benötigen. Wir sind daran, solche Juristen zu finden.

MJ: Wie sieht es mit der Zusammenarbeit mit den Organisationen der Sozialen Arbeit aus?

KSR: Es besteht keine Zusammenarbeit mit den Organisationen der Sozialen Arbeit. Sie sind das Instrument des Staates und der Staat hat einen 200 km langen Zaun gebaut. Somit lehnt er die Geflüchteten ab. Das Militär stationiert an der Grenze. Die Soziale Arbeit in Polen nimmt das Problem an der Grenze ausserdem nicht als ihr Problem wahr. Die Geflüchteten wollen auch meistens gar nicht in Polen bleiben, sondern weiterfahren. Ausserdem sind die Aufenthaltsbedingungen der Geflüchteten in den Asylzentren meist unwürdig und teils rechtswidrig. Erstens sind viele Einrichtungen wie Gefängnisse geschlossen: die Geflüchteten dürfen gar nicht raus. Zweitens leben die «Insassen» zu sechst bis zu acht in einem Zimmer. Drittens ist der Zugang zum Internet oder Telefon eingeschränkt. Viertens werden diesen Menschen oft Dokumente nur auf Polnisch zum Unterschreiben vorgelegt. Es gibt meistens keine Dolmetscher*innen. Rechtswidrig wurden bis vor Kurzem in einem Asylzentrum in Bialystok ebenfalls Frauen und Kinder in einer geschlossenen Einrichtung eingesperrt. Aktuell ist das eine Einrichtung nur für Männer. Auch da kommt es zu fragwürdigen Situationen. Z.B. durfte eine Zeit lang in die Einrichtung eine Lehrerin kommen, welche den Menschen ein Edukationsprogramm angeboten hat. Jetzt darf sie das nicht mehr. Die Begründung lautete: «Die Frau ist zu attraktiv.» Um einen Ersatz wurde jedoch nicht gesorgt. Wie in diesem Beispiel, haben Menschen in Asylzentren kaum Möglichkeiten sich sinnvoll zu beschäftigen.

MJ: Ich weiss, dass ihr nicht nur zu den Geflüchteten in dem Grenzgebiet geht, sondern auch in den Social Media aktiv seid, um die Missstände bezüglich der Menschenrechte und der von Polen ratifizierten Genfer Konvention, welche die Push Backs verbietet, anzuprangern. Habt ihr eine Veränderung in der Haltung der Menschen aus ihrer Region wahrgenommen?

KSR: Ja. Was bei der Haltungsänderung wirkt, ist den Geflüchteten ein Gesicht zu geben. Wenn ich in meiner Region eine konkrete Hilfe für eine konkrete Person suche, z.B. psychologische Beratung für eine traumatisierte Person, dann ändern die Helfenden nach der Begegnung oft ihre Einstellung zu den Geflüchteten. Man muss verstehen, dass die Migrant*innen, die an die polnisch-weissrussische Grenze ankommen, von den Main-Stream-Medien als eine Masse und Staatsbedrohung dargestellt werden. Das ist nicht wahr, denn die Leute ja meistens gar nicht in Polen bleiben wollen und keine organisierte Armee sind. Was mich mal sehr berührt hat, war eine Begegnung mit einem syrischen Christen im Wald. Er hat geweint und mich gefragt,

warum ihm die Christen in Polen nicht helfen wollen. Die glauben doch an die gleichen Werte. Das trifft den Punkt: die meisten Polen scheinen zu denken, dass die Leute an der polnisch-belarussischen Grenze komplett anders sind als sie und deswegen fühlen sie sich bedroht. Das ist eine Täuschung.

Zu GrupaGranica:

<https://www.bbng.org/czym-zajmuje-sie-grupa-granica>